

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 6

Artikel: Aufregung über die Linksfront
Autor: Hubacher, Helmut
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Helmut Hubacher

Aufregung über die Linksfront

Der Kalte ideologische Krieg prägt massgeblich das politische Klima in unserem Lande. Während sogar die Armee-Verantwortlichen ihre Dispositionen ständig neu überdenken, wird schon allein die Anregung, die strategisch-taktische Anlage an der politischen Front zu überprüfen, als Tod-sünde betrachtet. Das Echo ist nicht Diskussion, sondern eher Diffamierung. Darf ich einiges in Erinnerung rufen?

1968 wurde der Kommunist Alexander Dubcek in der ganzen bürgerlichen Presse Helvetiens als Held, als liberaler Kommunist, als kämpferischer Demokrat gefeiert. Warum? Weil er sich getraut hatte, das stalinistische Regime seines Vorgängers zu kritisieren, zu bekämpfen und zu stürzen. Dubceks «Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz» feierte bei uns Triumphe. Und als sowjetische Panzer den «Prager Frühling» gnadenlos überrannten, solidarisierten sich nicht nur Sozialdemokraten mit Dubcek. Beinahe alle Parteien machten mit.

Italien steht vor einer schweren Wahl. Die seit dreissig Jahren regierenden Christdemokraten sind verbraucht. Die Möglichkeit, dass die kommunistische Partei in die Regierungsbeteiligung gewählt wird, ist zumindest nicht auszuschliessen. Die grosse linksbürgerliche Hamburger Zeitung «Die Zeit» beurteilt Kissingers Feldzug gegen diesen möglichen Linksrutsch nüchtern: «Kissinger unterschätzt die Widerstandsfähigkeit der westeuropäischen Demokratien gegenüber dem roten Bazillus. Eine kommunistische Machtübernahme ist nirgends in Sicht; selbst in Italien steht nur eine kommunistische Regierungsbeteiligung zur Debatte. Das wäre unbequem, aber noch nicht der Weltuntergang . . . Der ‚weisse Kommunismus‘ ist gewiss unbequem, aber er bietet dem Westen auch eine Chance – mindestens in Italien. Es wäre unsinnig, wollte Amerika sich darauf versteifen, dass jeglicher Wandel ausschliesslich zu Lasten der freien Welt gehe. Andererseits wäre es fatal, wenn diesseits des grossen Teichs der Eindruck entstünde, Amerika arbeite zwar gern mit ungewählten kommunistischen Regierungen im Osten zusammen, scheue jedoch die Zusammenarbeit mit gewählten Kommunisten im Westen.»

Die Schweizerische Bankgesellschaft veröffentlicht regelmässig ihre «Länderberichte». Bericht Nr. 18 vom Mai 1976 ist Polen gewidmet. Sachlich und nüchtern wird die Wirtschaftslage Polens kommentiert. Da ist unter anderem zu lesen: «Im Zeitraum des letzten Fünfjahresplanes

(1971 bis 1975) verzeichnete die polnische Wirtschaft in allen Bereichen ein eindruckliches Wachstum. Dank einer realen Zunahme der Investitionen um 90 Prozent, der industriellen Produktion um 73 Prozent und der landwirtschaftlichen Erzeugung um 27 Prozent erhöhte sich das Nationaleinkommen in den letzten fünf Jahren um 62 Prozent. Gleichzeitig stieg das reale Masseneinkommen um 40 Prozent. Da jedoch die Preise für Grundnahrungsmittel sowie Mieten in dieser Zeitperiode eingefroren waren und zudem die Produktion der Konsumgüterindustrie hinter der Einkommenszunahme zurückblieb, entstand im Bereich des privaten Konsums ein Nachfrageüberhang.» Wenn eine schweizerische Grossbank über den Stand einer kommunistischen Wirtschaft sachlich und informativ orientiert, ist das selbstverständlich. Denn schliesslich will unsere Wirtschaft auch mit dem Osten Handel treiben. Wenn aber ein schweizerischer Politiker die Frage der Listenverbindung mit anderen Linksparteien lediglich zur Diskussion stellt, fallen Sprecher der Gruppen, die Geschäfte mit Kommunisten für die natürlichste Sache der Welt halten, über ihn her.

Was sollen Sozialdemokraten tun? In Portugal ist eindrucklich manifestiert worden, dass die den Sozialdemokraten nahestehende Sozialistische Partei von Mario Soares am wirksamsten gegen die kommunistische Gefahr kämpft. Gleichwohl erklärte der Parteiführer der bundesdeutschen CSU, Franz Josef Strauss: «Sie, Herr Brandt, haben in Portugal die (liberale) PPD desavouiert und sind zu Ihrem Gesinnungsfreund Soares gegangen, den Sie mit Bruderkuss und Umarmung begrüsst haben. Ist denn nicht Soares der Mann der Volksfront in Portugal? Soares hat der kommunistischen Machtergreifung in Portugal substantiell Vorschub geleistet.» Der freidemokratische Verleger und Politiker Gerd Bucerius antwortete Strauss, Soares vertrete nicht sein Programm. Aber «niemals verlieren wird er den Ruhm, ein europäisches Land vor der kommunistischen Diktatur bewahrt zu haben». CSU-Strauss und CDU-Kohl aber ziehen mit dem Kampfruf «Freiheit oder Sozialismus» in die Bundestagswahlen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird als Partei attackiert, die Freiheit und Demokratie zerstören wolle. Und dies, obschon die SPD mit Volksfrontgedanken nie auch nur ernsthaft spielte. Es war der SPD-Politiker Kurt Schuhmacher, der die Kommunisten als «rotlackierte Nazis» apostrophierte. Dank der erfolgreichen Politik der SPD hat die Kommunistische Partei der BRD bisher nie die geringsten Erfolgchancen gehabt.

Der Hamburger «Spiegel» meinte kürzlich, das, «was sich in den kommunistischen Parteien Süd- und Westeuropas derzeit tut, was sie der Sowjetunion tun und den Demokratien bieten, dürfte einer der atemberaubendsten Entwicklungsprozesse der Nachkriegsgeschichte sein». Der spanische KP-Chef Carillo fuhr kürzlich nach Lissabon und traf dort mit dem Sozialisten Mario Soares zusammen. Den portugiesischen KP-Führer Cunhal, ein Stalinist, liess er aus. Carillo erklärte unter anderem: «Ich

sehe das Spanien der Zukunft als eine Demokratie westlichen Stils, in der jede Ideologie ihren Platz hat. Wir spanischen Kommunisten werden nicht versuchen, den Sozialismus zu erzwingen. Man kann nicht gegen den Wunsch der Menschen und auf Kosten der Freiheit Sozialismus einführen. Wir können uns nicht mehr auf den Kommunismus des Jahres 1917 in Russland beziehen.» Bruno Kreisky, ein unverdächtigter Demokrat, verfolgt diese Veränderung im kommunistischen Lager intensiv. Seine Meinung dazu: «Die Entspannung ist in Wirklichkeit die Mutter jeder Entwicklung. Unsere Freunde in den USA begreifen nicht die Kompliziertheit der neuen Entwicklung, sie können noch nicht die richtige Sprache finden.» Kreisky bedauert, nicht jünger zu sein, weil zwar vieles in Fluss sei, vieles aber noch bewiesen werden müsse. «Das ist so aufregend», meint er, «wie jene Zeit, da sich Tito von Moskau gelöst hat, oder wie jener Tag, an dem die Welt erfuhr, dass Mao Tse-tung sich von Chruschtschow gelöst hat. Das ist so aufregend wie der Tag von Budapest (1956) und der Tag von Prag (1968), an dem der Sozialismus mit menschlichem Antlitz sich sozusagen erhoben hat. Es zeugt in Wirklichkeit von der ungeheuren Unbeständigkeit im kommunistischen System und zeugt auch . . . von der wahrscheinlichen Unverzichtbarkeit auf die Mittel der Diktatur, will man das erhalten, was man hat.»

Im Gegensatz zu Bruno Kreisky glaubt der Basler Professor Arnold Künzli an eine noch aufregendere Entwicklung. Künzli schreibt in der «National-Zeitung»: «Moskau und Washington sind sich brüderlich einig in der kategorischen Ablehnung des Eurokommunismus. Die massive, vorläufig nur verbale Intervention der Kissinger und Ford in die italienische Auseinandersetzung über eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten schafft in Italien eine Situation, die gewisse Ähnlichkeiten mit derjenigen in Prag von 1968 vor der Intervention der Sowjetunion aufweist. Kissinger scheint nichts aus Vietnam gelernt zu haben. Aber Berlinguer hat etwas aus Chile gelernt: er will nur mit den Christlich-Demokraten zusammen an die Regierung; also keine Volksfront, sondern ‚historischer Kompromiss‘. Wie immer die Wahlen vom 20. Juni ausgehen mögen: Die KPI hat sich zu einer demokratisch-sozialistischen Ordnungsmacht entwickelt, ohne die das von den Christlich-Demokraten total korrumpierte Italien vernünftig nicht mehr zu regieren ist.»

Vor diesem Hintergrund spielt sich die schweizerische Szene ab. Diese Feststellung ist weder ein Alibi-Argument noch Überschätzung eidgenössischer Politik. Veränderungen rings um unser Land sollten zumindest registriert werden. Dann nämlich wird die Diskussion über die sich damit automatisch ergebenden Fragen selbstverständlicher. Noch etwas: Die Wiedergabe verschiedener Zitate erfolgte nicht aus Gläubigkeit in die Richtigkeit des Zitierten. Ich will damit nur aufzeigen, dass die Diskussion nicht einfach aus der Luft gegriffen ist.

Nach den Basler Wahlen – über dieses Lehrstück bürgerlicher Strategie

wird noch eine Dokumentation erscheinen – erwähnte ich eine simple Tatsache. Nämlich die, dass bürgerliche Parteien untereinander Listenverbindungen eingingen. Damit schöpften sie ihr Wählerpotential auf unsere Kosten optimal aus. Solche Listenverbindungen sind auch in anderen Kantonen gang und gäbe. Sie sind sozusagen institutionalisiert. Auf der Rechten. Die SP bezahlt meistens die Rechnung für bürgerliche Listenverbindungen. Die Frage stellt sich deshalb: Warum soll eigentlich die SP von diesem taktischen Mittel nicht auch Gebrauch machen? Das ist leichter gesagt als getan. Der SP fehlen in der Regel interessante Partner. Unsere Partei befindet sich eigentlich noch immer in einer Gettosituation. Wir haben den Generalstreik geistig noch nicht verdaut. Die Strategie der SP ist daher eher defensiv. Wir müssen uns ständig behaupten und erklären: Dass wir gute Demokraten sind. Dass wir für die Landesverteidigung sind. Dass wir den Staatskapitalismus nicht als Alternative zum Privatkapitalismus ansehen. Dass wir nicht die Wahl haben zwischen Revolution und Evolution, sondern zwischen Reaktion und Reformismus. Und so weiter. Eine gewisse Öffnung erfolgte in der Westschweiz, kürzlich im Tessin. Und im Bund sind wir honorige Partner der viel verlästerten, aber gleichwohl leidlich gut funktionierenden Konkordanzdemokratie. Der SP fehlt es etwas, um es ganz banal zu formulieren, an Selbstbewusstsein. Zum Selbstbewusstsein beispielsweise gehört, über das taktische Mittel Listenverbindung ebenso taktisch nachzudenken, wie das die bürgerlichen Rechtsparteien längst praktizieren. Zum Selbstbewusstsein gehört, sich bei diesem Nachdenken nicht durch bürgerliches Volksfrontgeschrei aus der Ruhe bringen zu lassen. Denn es gehört zur bürgerlichen Strategie, die SP in die permanente Defensive des schlechten Gewissens zu drängen. Damit verliert sie ein Stück Handlungsfreiheit. Genau das ist beabsichtigt.

In Basel-Stadt hat die SP bei den letzten kantonalen Wahlen einen Wähleranteil von rund 30 Prozent erzielt. Die beiden übrigen Linksparteien kamen auf 11 Prozent. Zusammen sind das 41 Prozent. Basel ist damit in der Deutschschweiz eine Ausnahme. In keinem anderen Kanton gibt es neben der SP eine Linke mit einem Wähleranteil von 11 Prozent. Deshalb reduziert sich die von mir begonnene Diskussion «Listenverbindung ja oder nein?» auf Basel-Stadt. Listenverbindung bedeutet auch nicht Volksfront. Eine Volksfront setzt ein gemeinsames Programm verschiedener Partner voraus. Die klassische Volksfront kam in den dreissiger Jahren in Frankreich unter Léon Blum zustande. Neben den Linksparteien waren auch die linksbürgerlichen Radikaldemokraten dabei. Und in der Volksfront von Salvador Allende, Chile, wirkten neben SP und KP Radikale und Christliche Linke mit. Eine solche Volksfront steht in der Schweiz nirgends zur Diskussion. Als Volkspartei ist die SP Schweiz zudem selber eine Art Volksfront. Unsere Aufgabe ist es, die parteieigene Basis fortwährend zu stärken. Das ist die beste Garantie, in unserem Lande die nötigen Reformen realisieren zu können.

Wenn sich die Diskussion auf das taktisch erlaubte Mittel der Listenverbindung reduziert, stellt sich dann nicht die Frage der minimalen Vertrauenswürdigkeit linker Listenverbindungspartner? Natürlich. Über eine Listenverbindung nach links zu reden setzt voraus, nicht blind in ein Experiment hineinzutorkeln. Das ist absolut klar.

Die fundamentalen Unterschiede zwischen Kommunismus und demokratischem Sozialismus sind bekannt. Im einen Fall ist die Gesellschaft das Mass, die Person das Mittel und die Partei das Instrument, im anderen Fall ist die Person das Mass, die Partei das Mittel und die Gesellschaft der Handlungsrahmen. Ulrich Lohmar, SPD-Bundestagsabgeordneter, sagt es so: «Kommunisten erklären, mit der Vergesellschaftung (in der Praxis: Verstaatlichung) der Produktionsmittel der Herrschaft von Menschen über Menschen angeblich jede Grundlage entzogen zu haben. Das Mass ist die Einsicht in die Notwendigkeit, und was notwendig ist, darüber befinden die Führer der kommunistischen Parteien kraft besserer Einsicht. Entsprechend nehmen sie das Entstehen neuer Klassen, die nicht auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhen, gar nicht erst zur Kenntnis.» Daher wird für die Machthaber in kommunistischen Staaten die Kontrolle der Herrschenden «überflüssig». Widerspruch zwischen Sein und Bewusstsein wird mit den Mitteln der Erziehungsdiktatur unterdrückt. Das gibt dann den Scharfblick der Einäugigen. In der Sozialdemokratie entscheidet die Mehrheit auf allen Ebenen der Partei über die Richtung der Politik. Es wird eine Meinungsbildung von unten nach oben angestrebt. Kommunistische Machthaber im europäischen Osten sorgen für eine «Meinungsbildung» von oben nach unten. Für uns Sozialdemokraten ist die eine Wahrheit unbestritten: Die Abschaffung der Demokratie schafft auch den Sozialismus ab.

Staatskapitalisten und Privatkapitalisten verstehen sich besser als Staatskapitalisten und Sozialdemokraten. Deshalb funktioniert es zwischen Moskau und Washington gar nicht so schlecht. Neben dieser (nicht neuen) Erkenntnis gilt es aber auch den, wie der «Spiegel» schreibt, «atemberaubenden Entwicklungsprozess» der kommunistischen Parteien ausserhalb des Moskauer Machtbereiches zu erkennen. Hier hat die Entspannungspolitik von Willy Brandt Akzente gesetzt, Veränderungen eingeleitet, die Moskau mehr zu schaffen machen, als wir anzunehmen geneigt sind. Von dieser Warte aus betrachtet, sollte die Basler Diskussion über die Frage der Listenverbindung weniger aufgeregt, dafür selbstbewusster angegangen werden. Zumindest muss eine Partei wissen, warum sie eine Listenverbindung will oder warum sie sie ablehnt. Sie darf sich auf keinen Fall aus Angst vor dem Kalten-Kriegs-Klima vor dieser Diskussion drücken. Die Sozialdemokratische Partei weiss, dass sie ein solches Thema von einer klaren Warte aus angeht: Demokratie ist nur, wenn sie sozial ist. Und Sozialismus ist nur, wenn er demokratisch ist.